

Abfallwirtschaftsbetrieb München, Postfach 500140, 80971 München

Erste Werkleiterin

Kristina Frank

Telefon: 089 233-22871

Telefax: 089 233-26057

kristina.frank@muenchen.de

Roßmarkt 3

80331 München

Herrn
Robert Kulzer
Vorsitzender des Bezirksausschusses
des Stadtbezirkes 14 - Berg am Laim
Friedenstr. 40
81660 München

08.04.2019

**Neues Verpackungsgesetz umsetzen: Endlich barrierefreie
Unterflurcontainer an Wertstoffsammelstellen realisieren!**

BA-Antrags-Nr. 14-20 / B 05742 des Bezirksausschusses
des Stadtbezirks 14 – Berg am Laim vom 29.01.2019

Sehr geehrter Herr Kulzer,

der Bezirksausschuss 14 - Berg am Laim fordert mit dem oben genannten Antrag die Landeshauptstadt München, Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) auf:

„die Möglichkeiten des am 1. Januar 2019 in Kraft tretenden neuen Verpackungsgesetzes zu nutzen, um an Wertstoffsammelstellen verstärkt Unterflurcontainer einzusetzen.

Dazu möge die Landeshauptstadt München mittels einer Rahmenvorgabe nach § 22 Abs. 2 VerpackG-neu die dualen Systeme dazu verpflichten, an ihren Wertstoffsammelstellen zumindest für die Sammlung von Leichtverpackungsabfällen Unterflurcontainer zu errichten und zu nutzen, und zeitnah die nötigen Voraussetzungen für eine solche rechtliche Vorgabe schaffen.

Zudem möge die Landeshauptstadt München an wichtigen Standorten und gerade in neuen Baugebieten in eigener Regie unterirdische Sammelcontainer errichten. Eine Liste der zu ersetzenden Container ist gemeinsam mit den Bezirksausschüssen zu erarbeiten und abzustimmen.

Auf diesem Weg sollen zunächst an besonders frequentierten oder in einer sensiblen Umgebung befindlichen Wertstoffinseln in Berg am Laim die herkömmlichen Wertstoffcontainer durch Unterflurcontainer ersetzt werden.“

Begründet wird der Antrag damit, dass das Kommunalreferat der Auffassung sei, Unterflurcontainer seien zur Umsetzung von Barrierefreiheit gut geeignet. Das neue Verpackungsgesetz (VerpackG) würde die Umstellung auf die Nutzung von Unterflursammelsystemen für Kommunen einfacher machen.

Dieser Antrag betrifft ein laufendes Geschäft nach Art. 88 Abs. 3 Satz 1 Gemeindeordnung in Verbindung mit der Betriebssatzung des Eigenbetriebes. Die Behandlung erfolgt deshalb mit diesem Schreiben.

1. Verpackungsgesetz

Seit Einführung der Verpackungsverordnung (VerpackV) in den 90ziger Jahren liegt die Zuständigkeit für die Entsorgung von Verpackungen nicht mehr beim öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, sondern in der Hand der sog. Dualen Systeme. Dem AWM wurden sämtliche Kompetenzen im Bereich der Verpackungsentsorgung entzogen. Das System zur Sammlung der Verpackungen ist rein privatwirtschaftlich organisiert. An dieser Systematik hat sich auch mit Ablösung der VerpackV durch das seit 01.01.2019 geltende VerpackG nichts geändert.

In München wurde im Wege einer Abstimmungsvereinbarung festgelegt, dass die Verpackungsabfälle der Fraktionen Glas, Metall und Kunststoff ausschließlich in sog. Depotcontainern erfasst werden. Diese Abstimmungsvereinbarung gilt noch bis Ende 2020. Die Dualen Systeme verpflichteten sich seinerzeit selbst, nur Lärmklasse-I-Container in der Landeshauptstadt München aufzustellen. Sie konnten jedoch nicht verpflichtet werden, anstelle dieser relativ kostengünstigen oberirdischen Entsorgungsbehälter, die erheblich teurere und im Einbau auch sehr viel aufwendigere Variante der Unterflurcontaineranlagen zu verwenden.

Das neue VerpackG bietet nun grundsätzlich die Möglichkeit einer Rahmenvorgabe nach § 22 Abs. 2 VerpackG für die Sammlung von Leichtverpackungsabfällen (Kunststoffe, Dosen und Alu) soweit deren Befolgung den Systemen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht technisch unmöglich oder wirtschaftlich unzumutbar ist.

Eine Rahmenvorgabe (Verwaltungsakt) des AWM ist aus Gründen der Verhältnismäßigkeit allerdings nur dann rechtmäßig, wenn vorher konsensual im Rahmen der Abstimmungsvereinbarung nach § 22 Abs. 1 VerpackG keine Einigung über die Art der Sammelbehälter erzielt wurde. Da die bestehende Abstimmungsvereinbarung noch bis Ende 2020 gilt, muss der AWM erst Gespräche über eine neue Abstimmungsvereinbarung führen. Das wiederum bedingt, dass dem AWM ein gemeinsamer Vertreter der Systeme nach § 22 Abs. 7 VerpackG benannt wird, was bislang noch nicht geschehen ist.

Der Einbau von Unterflurcontainerinseln und die Leerung entsprechender Behälter ist technisch umsetzbar. Der Einbau der Unterflurbehälter verursacht allerdings erhebliche Zusatzkosten im Vergleich zum jetzt bestehenden System. Die ersten Erfahrungen anderer Gemeinden zeigen, dass die Dualen Systeme wenig Bereitschaft zeigen, generell Mehrkosten für die Entsorgung der Verpackungen in Kauf zu nehmen. Selbst eine Verpflichtung der Dualen Systeme zur Umstellung von einer Sammlung mittels Gelber Säcke auf die Gelbe Tonne war nicht möglich. Gegen eine diesbezügliche Rahmenvorgabe der Stadt Velbert (NRW) wurden seitens der Dualen Systeme Klagen vor dem zuständigen Verwaltungsgericht eingereicht.

Die Folge eines Rechtsstreits über die Rahmenvorgabe wäre eine fehlende Abstimmungsvereinbarung.

In jedem Fall würde sich die Vorgabe gem. § 22 Abs. 2 Satz 1 VerpackG lediglich auf die „Sammlung der restentleerten Kunststoff-, Metall- und Verbundverpackungen“ erstrecken. Die Fraktion Glas bliebe hierbei unberücksichtigt und Unterflurbehälter für Glas müssten in jedem Fall von der Landeshauptstadt München finanziert werden.

2. Einbau von Unterflurcontaineranlagen

Seit dem Beschluss des Kommunalausschusses als Werkausschuss für den AWM am 03.07.2014, ergänzt durch den Beschluss vom 24.09.2015, ist es grundsätzlich möglich, Unterflurcontaineranlagen auf Kosten des AWM im Stadtgebiet zu etablieren. Der AWM steht dem auch grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber, jedoch muss die Einrichtung wirtschaftlich vertretbar sein.

Die rechtlichen und praktischen Kriterien für den Einbau unterirdischer Container können diesen Beschlüssen entnommen werden. Beide Beschlüsse machen jedoch deutlich, dass ein Austausch der Wertstoffcontainer an bereits bestehenden Standplätzen grundsätzlich nicht vorgesehen ist. Vielmehr sollen in mit Wertstoffinseln bereits massiv unterversorgten Gebieten mit Unterflurcontainern neue mögliche Standorte erschlossen und besonders sensible Gebiete vorrangig berücksichtigt werden.

Der Stadtbezirk Berg am Laim stellt in Bezug auf Wertstoffinseln kein massiv unterversorgtes Gebiet dar. Derzeit ist daher ein Austausch nicht vorgesehen.

Bei der Planung von Neubaugebieten in Berg am Laim wird selbstverständlich der Einbau von Unterflurcontainern berücksichtigt. Diese Vorgehensweise wird zwischenzeitlich grundsätzlich stadtweit angewandt, um bereits im Vorfeld ausreichende Flächen für die Wertstoffsammlung einzuplanen und vorzuhalten, wie z. B. in der Margarete-Steiff-Straße, im Prinz-Eugen-Park, der Bayernkaserne sowie Freiham geschehen.

Werden von den Systembetreibern bzw. deren Subunternehmen dem AWM potenziell neue Standplätze gemeldet, werden diese selbstverständlich nach pflichtgemäßem Ermessen geprüft. Hierbei werden verschiedene Fachdienststellen eingebunden, um die Gegebenheiten vor Ort zu bewerten und Stellungnahmen gegenüber dem AWM abzugeben.

Der Antrag des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 14, Berg am Laim vom 29.01.2019 ist damit satzungsgemäß erledigt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Kristina Frank
Erste Werkleiterin